

Kammer kompakt:

Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung: Bremen im Bundesländervergleich

Bei der Entwicklung der Erwerbstätigkeit zeigt der Bundesländervergleich deutliche Unterschiede. Der Strukturwandel setzt den Trend hin zu Dienstleistungen wie in den Vorjahren weiter fort: Allein seit 2002 nahm die Zahl der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich in Bremen um rund 33.000 zu; im produzierenden Gewerbe gingen im selben Zeitraum 12.500 Arbeitsplätze verloren, allerdings fand in der Leiharbeit parallel ein Beschäftigungszuwachs statt, der zwar statistisch im Dienstleistungssektor verortet wird, real aber häufig im industriellen Bereich angesiedelt ist. Der Strukturwandel führt auch zu einer veränderten Arbeitswelt: Minijobs, Leiharbeit und Teilzeit nehmen deutlich zu. Das gesamte Arbeitsvolumen steigt zwar an, verteilt sich dabei aber auf immer mehr Menschen.

1. Zwischen 2002 und 2012 nahm die Zahl der Erwerbstätigen bundesweit um sechs Prozent zu – im Land Bremen waren es 5,2 Prozent. Im selben Zeitraum wuchs die Wirtschaft im Durchschnitt um 24 Prozent, in Bremen um 17,9 Prozent.
2. Jeder vierte Arbeitsplatz findet sich im produzierenden Gewerbe – bei deutlichen Unterschieden zwischen den Bundesländern. Trotz einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung nahm in fast allen Bundesländern die Erwerbstätigkeit im produzierenden Bereich seit 2002 deutlich ab; insgesamt in Deutschland um 4,6 Prozent.
3. Der Dienstleistungsbereich ist der Träger der Beschäftigungsentwicklung mit einem Zuwachs von 10,4 Prozent in Deutschland; Bremen erzielte ein Plus von 11,1 Prozent. Das Wirtschaftswachstum im Dienstleistungsbereich war in allen Bundesländern stabil. Mit dieser Entwicklung einher geht der deutliche Anstieg „atypischer“ Beschäftigungsverhältnisse.
4. Das Arbeitsvolumen – die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden – nahm im Zehnjahresvergleich nur leicht zu: bundesweit um 2,7 Prozent, in Bremen um 2,6 Prozent. Die Arbeit verteilt sich auf immer mehr Arbeitsverhältnisse, die pro Kopf gearbeiteten Stunden nehmen ab.
5. Die Zahl „normaler“ Vollzeitverhältnisse nimmt vom Trend her weiter ab, in fast allen Bundesländern. Bremen liegt mit einem Rückgang von 2,7 Prozent im Bundesdurchschnitt.
6. Jede fünfte sozialversicherungspflichtige Tätigkeit ist eine Teilzeitbeschäftigung. Der Trend der Vorjahre hat sich zwischen 2002 und 2011 fortgesetzt mit einer Zunahme von 33,2 Prozent in Deutschland.
7. Ähnlich hoch ist die Minijob-Quote, fast jedes fünfte Arbeitsverhältnis ist ein Minijob. Deutschlandweit liegt der Anteil der Minijobber an den Erwerbstätigen bei 17,8 Prozent, in Bremen mit 17 Prozent leicht darunter. Allerdings ist in keinem anderen Bundesland – nach Baden-Württemberg – die Zahl der Minijobber pro 1.000 Einwohner so hoch wie in Bremen.
8. Die Leiharbeit hat sich im langfristigen Vergleich nahezu verdreifacht mit einem Wachstum von 173,7 Prozent in Deutschland und 212 Prozent in Bremen. Bremen hat zusammen mit Thüringen den höchsten Anteil an Leiharbeitern bezogen auf alle Erwerbstätigen.
9. Die Leiharbeit hat einen geringen Anteil an allen Erwerbstätigen, ist aber von hoher Bedeutung für den Arbeitsmarkt: Jede fünfte neue Stelle in Deutschland entsteht in der Leiharbeit; in Bremen jede dritte neue Stelle.
10. Ein wichtiger Indikator für die Innovationsfähigkeit ist die Entwicklung der MINT-Berufe. Deutschlandweit arbeiten hier neun von hundert Beschäftigten, mit leicht steigender Tendenz. Hier gibt es deutliche Unterschiede bei den Bundesländern; die Bundesländer mit hohem Besatz haben zudem starke Wachstumsraten; Bremen konnte leicht zulegen.

1. Deutliches Plus bei der Erwerbstätigkeit: Berlin und Hamburg verzeichnen stärksten Zuwachs

Nach einem verhaltenen Start Anfang des neuen Jahrtausends hat die Zahl der Erwerbstätigen, also aller erwerbstätigen Menschen – ungeachtet der Arbeitszeit oder ihres arbeitsrechtlichen Status¹ - in Deutschland seit 2005 deutlich zulegen können. Die Weltfinanzkrise 2008/2009 hat diesen Trend nur kurz gestoppt; die Erwerbstätigkeit hat sich im Zehnjahresvergleich um insgesamt 6,0 Prozent erhöht.

Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind dabei deutlich: die Spannweite reicht von minus 1,5 Prozent in Sachsen-Anhalt bis hin zu 12,3 Prozent in Berlin. Unterdurchschnittliche Wachstumsraten finden sich vor allem in den „neuen“ Bundesländern. Überdurchschnittlich stark sind demgegenüber nur die Stadtstaaten Berlin und Hamburg sowie Bayern, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. In diesen überdurchschnittlich starken Bundesländern hat die Zahl der Erwerbstätigen zum Teil mehr als doppelt so stark zugenommen im Vergleich zu Ländern wie dem Saarland und Hessen.

Das Wirtschaftswachstum im Beobachtungszeitraum war insgesamt positiv: Das Bruttoinlandsprodukts (in jeweiligen Preisen) stieg um 24 Prozent in Deutschland insgesamt; angesichts des zugrunde gelegten Zehnjahreszeitraums liegen die Bundesländer vergleichsweise eng beisamen. Am stärksten ausgeprägt war das Wirtschaftswachstum in Niedersachsen und Bayern.



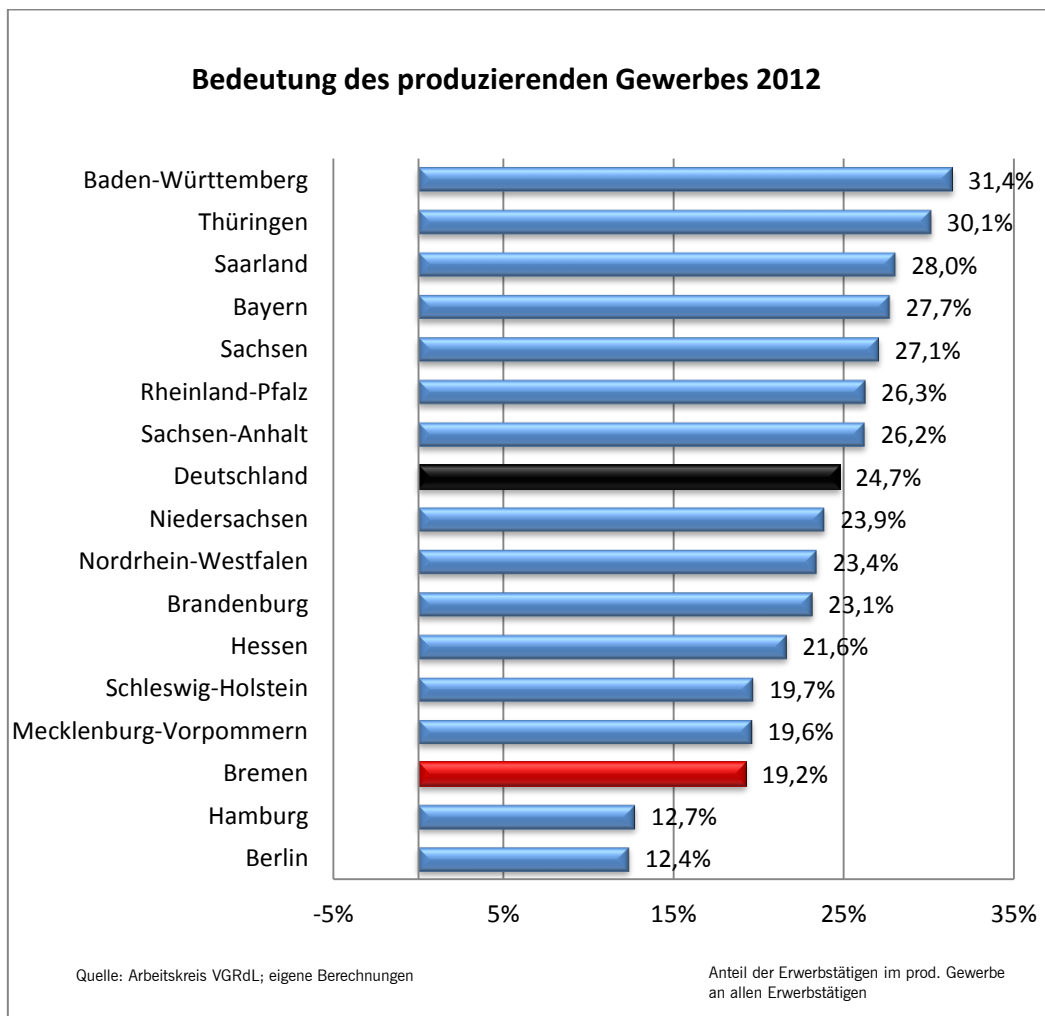
¹ Als Erwerbstätige gelten alle Personen, die einer Erwerbstätigkeit oder mehreren Erwerbstätigkeiten nachgehen, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten wöchentlichen Arbeitszeit. Dazu zählen Selbstständige und mithelfende Familienangehörige sowie Arbeiter, Angestellte und Beamte, aber auch „Ein-Euro-Jobber“ und Minijobber.

2. Bedeutung des produzierendes Gewerbe im Strukturwandel: Arbeitsplatzabbau in allen Bundesländern

Jeder vierte Arbeitsplatz ist im produzierenden Gewerbe. Der Vergleich der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe zeigt ein Nord-Süd-Gefälle zwischen den Bundesländern. Auf den hinteren Plätzen finden sich die Stadtstaaten, Bremen liegt im Vergleich deutlich vor Berlin und Hamburg. Die Beschäftigten in der Branche haben ein relativ hohes Durchschnittseinkommen und der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist hoch.

In den vergangenen zehn Jahren war das Wirtschaftswachstum im produzierenden Gewerbe mit einer Zunahme von 29,2 Prozent leicht stärker als in der Wirtschaft insgesamt. Von der Entwicklung profitieren auch die unternehmensnahen Dienstleistungen, da sie verstärkt nachgefragt werden.

Aufgrund der Stärke der deutschen Wirtschaft auf den internationalen Märkten ist die Zahl der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe in den letzten beiden Jahren leicht angestiegen. Der langfristige Trend geht aufgrund der kontinuierlich steigenden Produktivität allerdings hin zum Arbeitsplatzabbau: Allein seit 2002 nahm die Zahl der Erwerbstätigen bundesweit um rund 4,6 Prozent ab; der Trend der Vorjahre hat sich also fortgesetzt. Selbst in den Bundesländern mit einem hohen Wirtschaftswachstum fand – mit Ausnahme von Thüringen – ein Abbau von Arbeitsplätzen statt. Am stärksten fiel der Rückgang in den Stadtstaaten aus: In Berlin und Hamburg ging seit 2002 nahezu jeder achte Arbeitsplatz verloren, in Bremen sogar jeder siebte Arbeitsplatz.

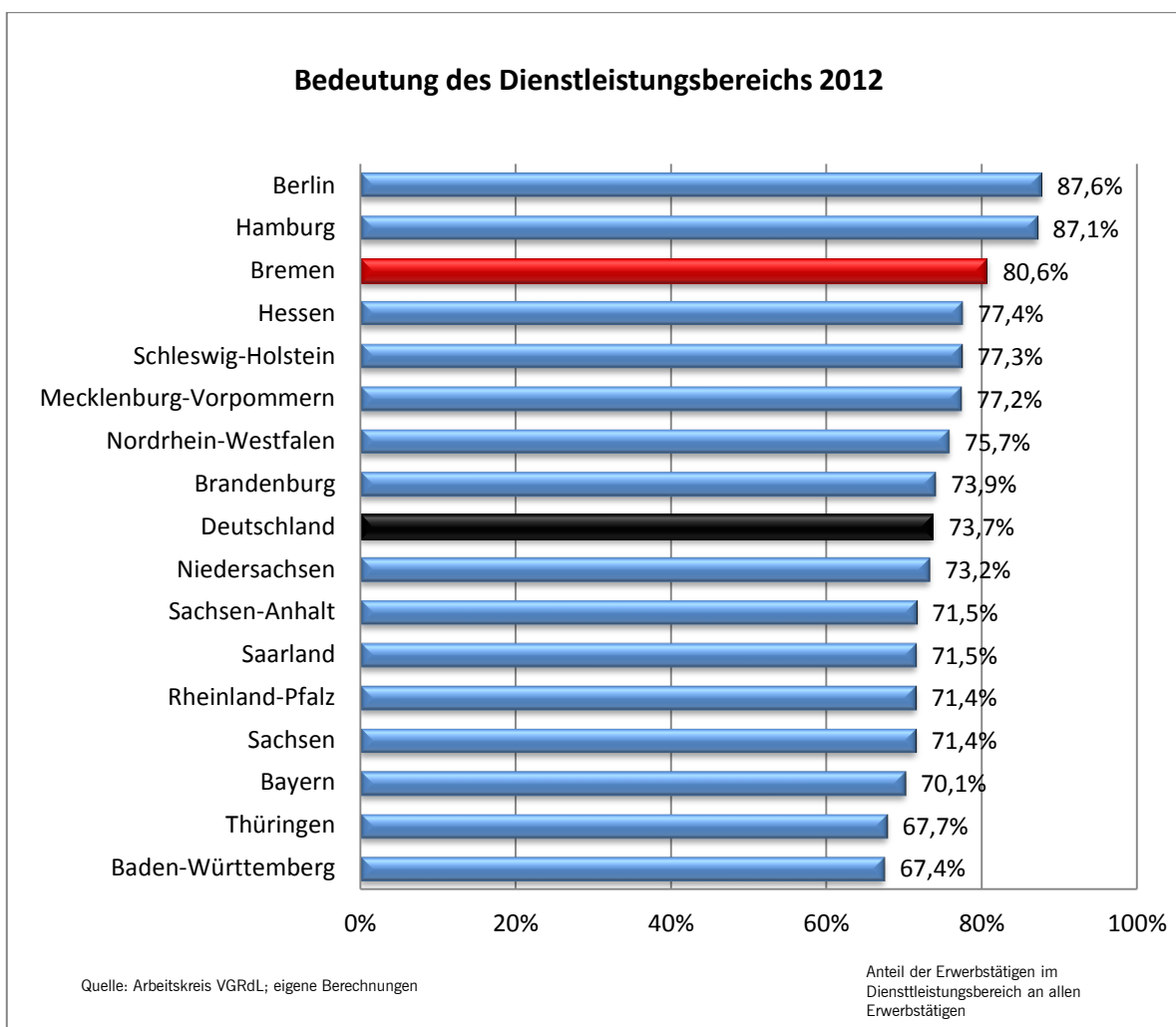


3. Bedeutungsgewinn der Dienstleistungen führt zur Zunahme atypischer Beschäftigungsformen

Seit jeher finden sich „atypische“ Beschäftigungsformen vor allem im Dienstleistungsbereich; neben der Entwicklung der „klassischen“ Teilzeitbeschäftigung führen hier die Minijobs zu einer deutlichen Zunahme der Erwerbstätigenzahl. Zudem gibt es bei Dienstleistungen nur begrenzte Möglichkeiten, durch organisatorische und technische Rationalisierungsmaßnahmen die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, so dass die verstärkte Nachfrage nach Dienstleistungen in der Regel die Einstellungen von Arbeitskräften nach sich zieht.

In fast allen Bundesländern weisen die Dienstleistungen Zuwachsraten bei der Erwerbstätigkeit auf, wobei es allerdings ein deutliches Ost-West-Gefälle gibt: Die „alten“ Bundesländer haben ein deutlich überdurchschnittliches Wachstum, allen voran – von einem hohen Niveau ausgehend – die Stadtstaaten Berlin (plus 17,0 Prozent) und Hamburg (plus 15,6 Prozent).

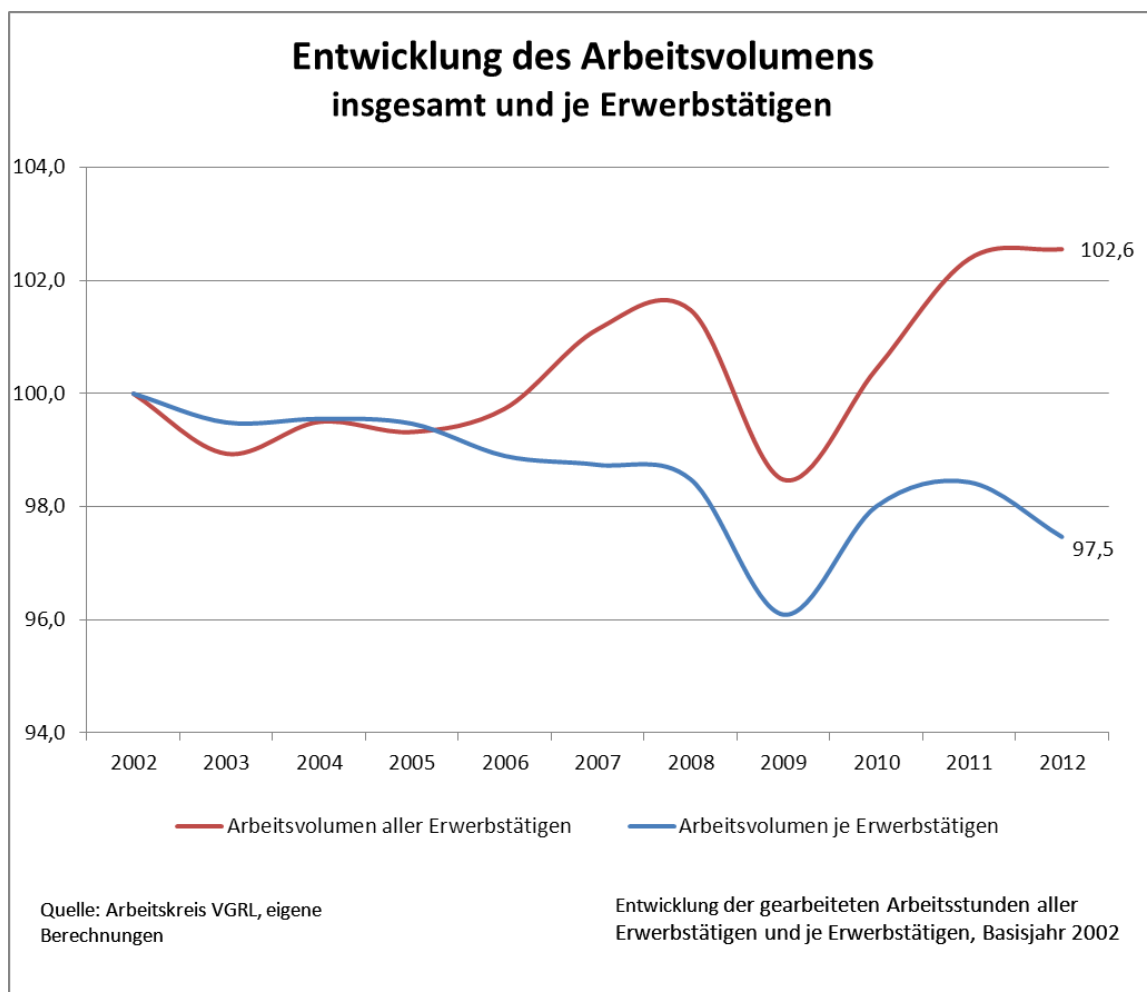
Etwas schwächer als im produzierenden Gewerbe war das Wirtschaftswachstum hier mit einem Plus von 20,5 Prozent zwischen 2002 und 2012 in Deutschland bei geringen Unterschieden zwischen den Bundesländern. Von Relevanz ist beim Blick auf den Dienstleistungsbereich allerdings, dass die „Boombranche“ Leiharbeit von der Statistik zu den „unternehmensnahen Dienstleistungen“ gerechnet wird, obwohl der Einsatzbereich der Leiharbeit vor allem im industriellen Sektor liegt. Von daher wird die Entwicklung der Dienstleistungen in der Statistik ein Stück weit überschätzt.



4. Leicht gestiegenes Arbeitsvolumen, verteilt auf mehr Köpfe

Das Arbeitsvolumen bildet die tatsächlich gearbeiteten Stunden in Deutschland ab. Im Zuge des Wirtschaftswachstums ist es bundesweit und auch in den meisten Ländern über die Zeit angestiegen. Bremen bewegt sich mit einem Anstieg von 2,6 Prozent im Bundesdurchschnitt und liegt im Ländervergleich im oberen Drittel. Dabei bleibt Bremen aber immer noch deutlich hinter den Stadtstaaten Berlin und Hamburg zurück, die das Ranking mit Abstand anführen.

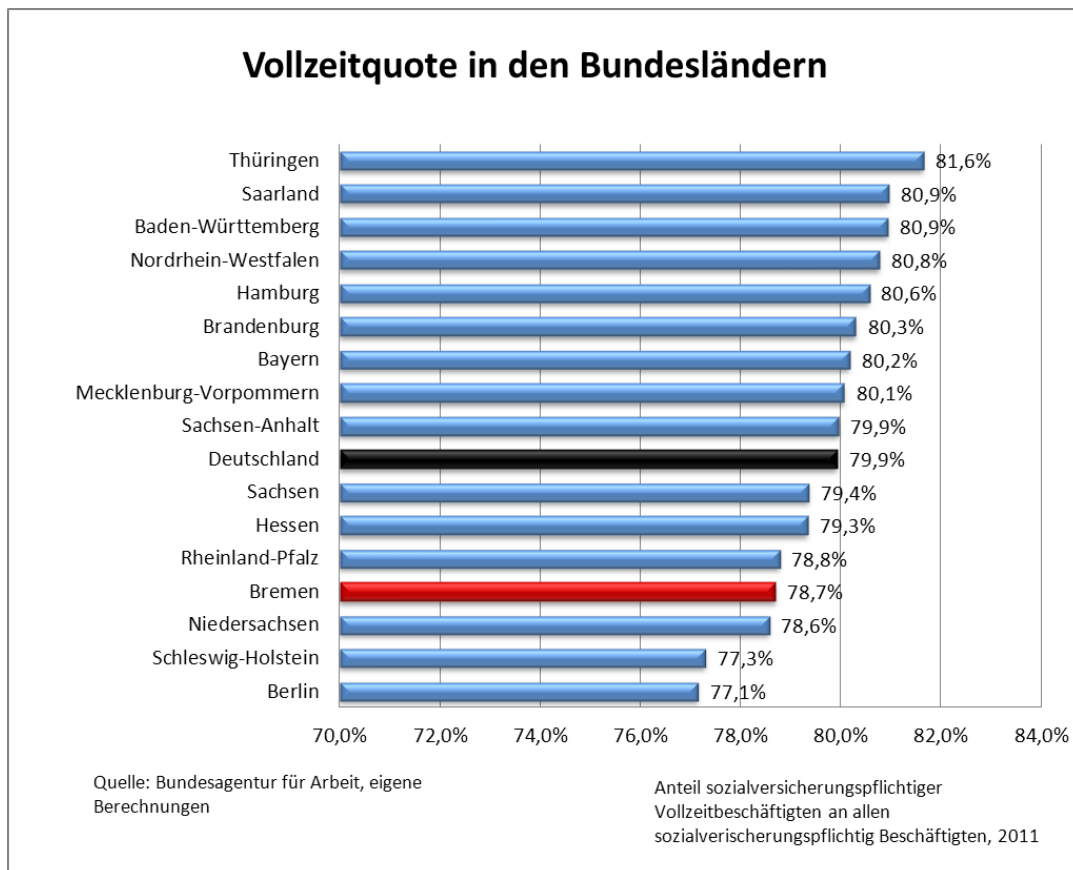
Gleichzeitig sieht man, dass die Zahl der Arbeitsstunden pro Erwerbstätigen abnimmt. Dieser Trend ist auch auf Bundesebene zu beobachten. Dies ist Ausdruck einer sich wandelnden Verteilung von Arbeit innerhalb der Arbeitswelt. Die Gründe dafür liegen unter anderem in einer gestiegenen Arbeitsproduktivität, aber auch im Anstieg der atypischen Beschäftigung in Relation zur Zahl der Vollzeitverhältnisse.



5. Strukturwandel der Arbeit: „Normale“ Arbeitsverhältnisse weiter auf dem Rückzug

Im Fokus der Diskussion über den Strukturwandel steht die Zunahme atypischer Beschäftigung: Der Boom bei Minijobs und Leiharbeit, die zunehmende Befristung von Arbeitsverhältnissen und die Entwicklung der Scheinselbstständigkeit markieren einen tief greifenden Wandel der Arbeitslandschaft: Schätzungen zufolge, die alle Formen dieser atypischen Beschäftigung einbeziehen (Teilzeit, Leiharbeit, befristete und geringfügige Beschäftigung), ist davon auszugehen, dass mittlerweile mehr als ein Drittel der Gesamtbeschäftigung atypisch ist. Atypische Beschäftigung ist dabei nicht notwendigerweise prekär, zum Beispiel bei einer freiwillig gewählten Teilzeitbeschäftigung zur zeitweisen Vereinbarkeit von Familienleben und Beruf. Aber atypische Beschäftigungsverhältnisse beinhalten eine Reihe von Risiken: Hier ist die Beschäftigung häufig nicht stabil, meist schlechter entlohnt und der Zugang zu betrieblicher Weiterbildung erschwert. Zudem müssen hier zum Teil staatliche Leistungen (von „Aufstockern“) in Anspruch genommen werden, damit der Lebensunterhalt gesichert ist; es bestehen auch Risiken hinsichtlich einer eigenständigen sozialen Sicherung im Alter.

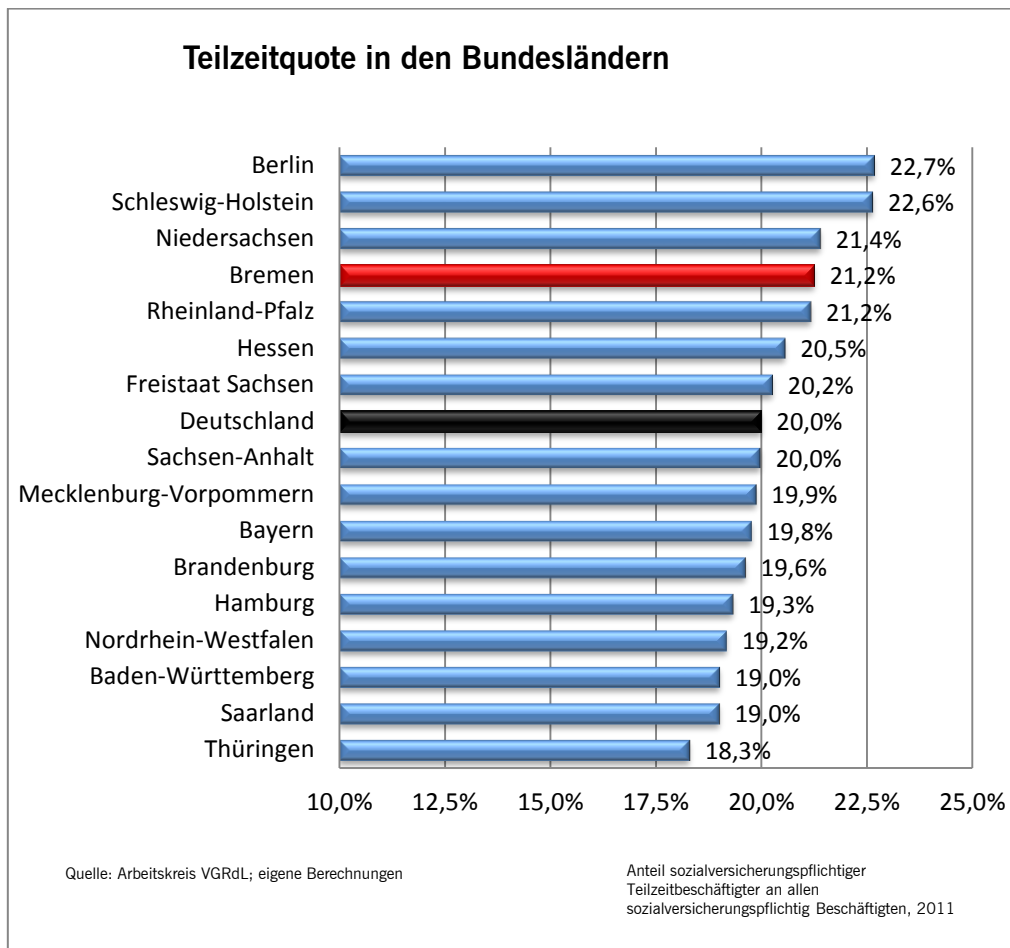
Der Blick auf die „normalen“ Vollzeitarbeitsverhältnisse macht die Dimension dieser Entwicklung deutlich. Der Anteil der Vollzeitstellen liegt im Durchschnitt bei 80 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Trotz der Zunahme der Erwerbstätigenzahl zwischen 2002 und 2012 um 6,0 Prozent in Deutschland, nahmen die Vollzeitarbeitsverhältnisse jedoch um 2,7 Prozent ab. Mit deutlichen Unterschieden zwischen den Bundesländern: Nur Hamburg und Bayern konnten ein Plus verbuchen, in allen anderen Bundesländern war ein Rückgang zu verzeichnen, vor allem in den „neuen“ Bundesländern.



6. Strukturwandel der Arbeit: Teilzeitarbeit mittlerweile bei über 20 Prozent

Anders als bei der Vollzeitbeschäftigung sieht die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigung aus. Von den rund 291.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land Bremen arbeiten rund 62.000 in Teilzeit.² Bremen hat damit eine leicht überdurchschnittliche Teilzeitquote von 21,2 Prozent.

Der Trend hin zu mehr Teilzeit aus den Vorjahren hat sich auch in der vergangenen Dekade fortgesetzt; seit 2002 war ein Plus von 33,2 Prozent zu verzeichnen. Vor allem in den „neuen“ Bundesländern nahm die Teilzeitbeschäftigung überdurchschnittlich zu; aber auch in den alten Bundesländern waren Wachstumsraten von 25,6 Prozent (Bremen) und mehr zu verzeichnen. In den neuen Bundesländern fand hier vor allem eine „nachholende“ Entwicklung statt, da sie 2002 noch einen vergleichsweise niedrigen Anteil an Teilzeitbeschäftigung hatten.

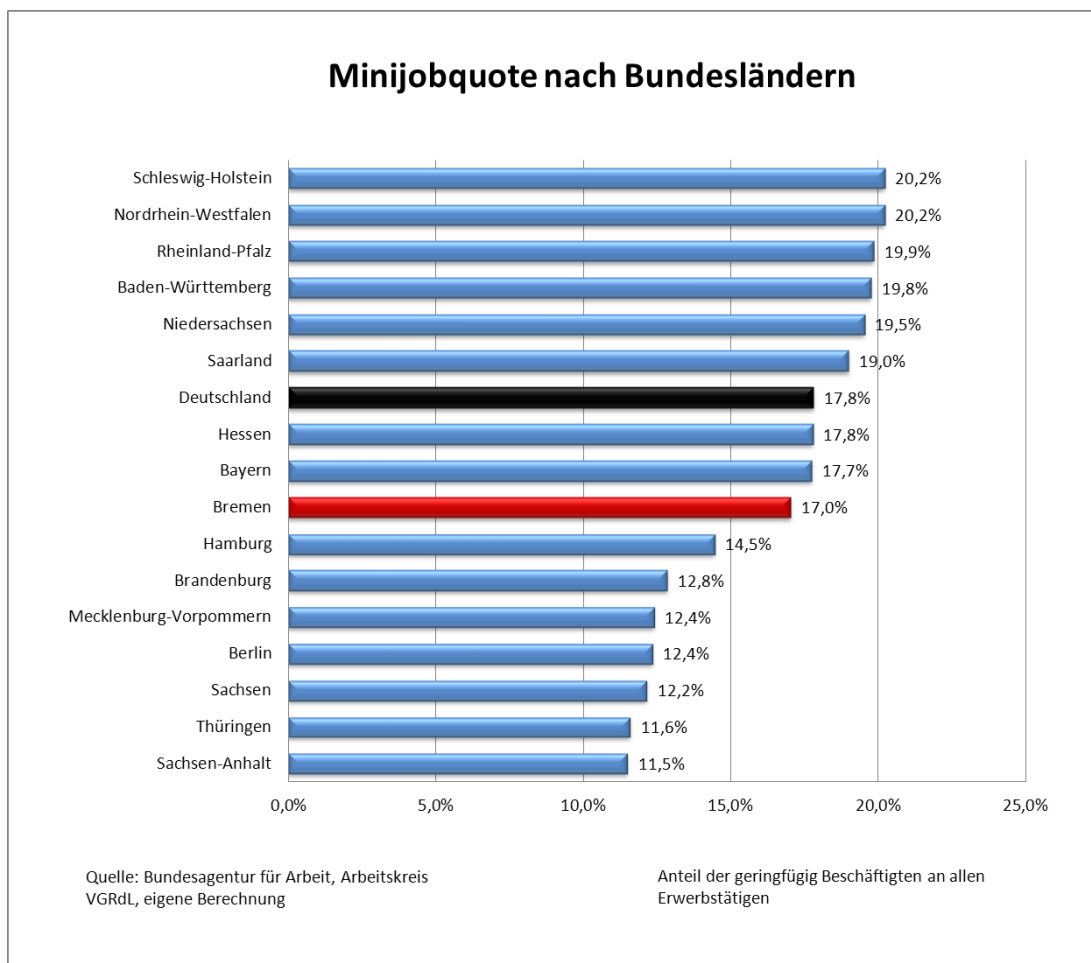


² Stand: 30.6.2011; aufgrund von Revisionen der Statistik sind keine neueren Zahlen zurzeit veröffentlicht.

7. Hoher Anteil der Minijobs in Bremen und Deutschland

Die Entwicklung der vergangenen Jahre zeigt: Minijobs nehmen deutschlandweit weiter deutlich zu. Allein seit dem Jahr 2003 wurden knapp zwei Millionen neue Minijobs geschaffen, mittlerweile sind rund 7,5 Millionen Erwerbstätige als Minijobber tätig.

Der Vergleich der Bundesländer zeigt einen Anteil der Minijobs von bis zu 20 Prozent an den Erwerbstätigen. Die „nur“ mittlere Position Bremens kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass immer noch fast jedes fünfte Beschäftigungsverhältnis nur einen Minijob darstellt. So arbeiten aktuell in Bremen über 70.000 Menschen in einem geringfügigen Arbeitsverhältnis. Dabei verdrängen die Minijobs ehemalige Vollzeitstellen oder schränken die Schaffung neuer Vollzeitstellen ein, das gilt in Bremen besonders in den Branchen Gastgewerbe und Einzelhandel.



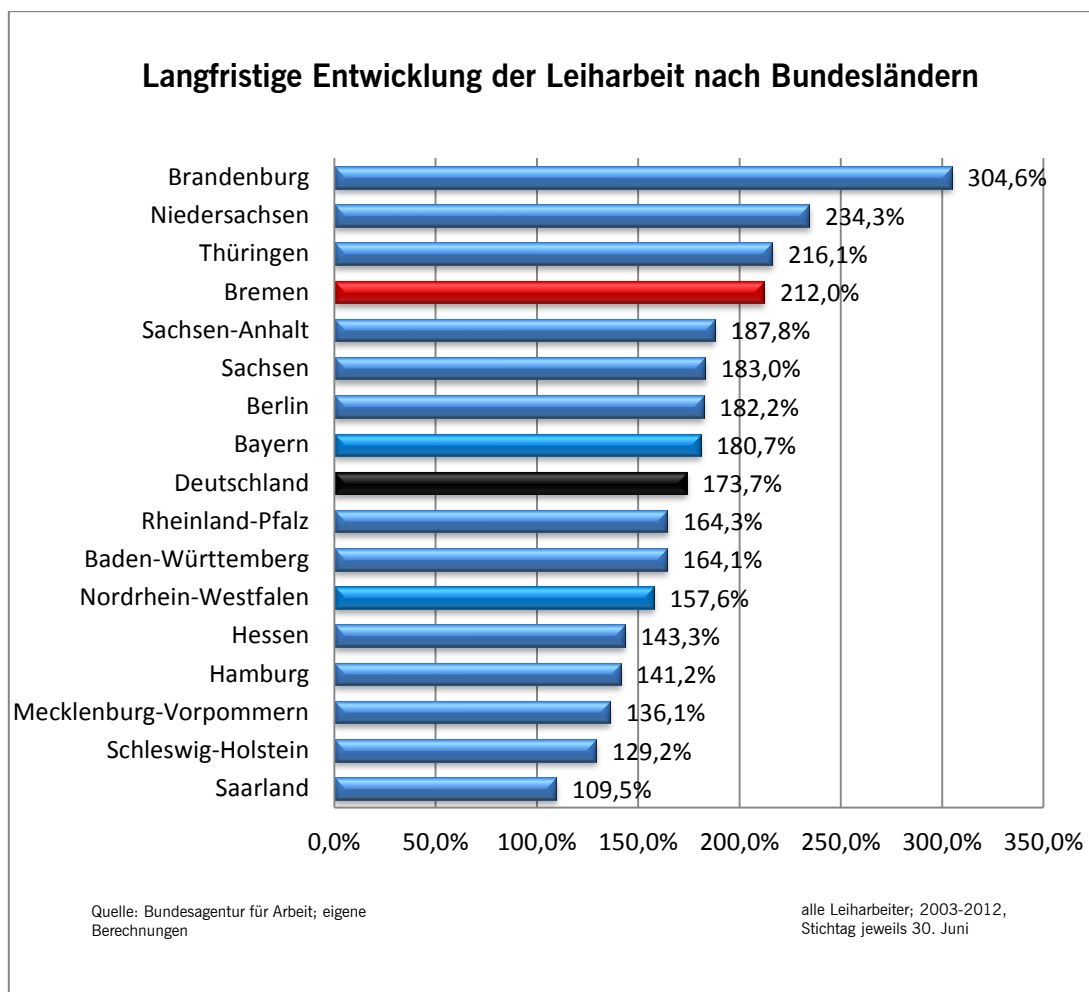
8. Leiharbeit I: Deutschlandweit hohe Wachstumsraten, Bremen vorne dabei

Im langfristigen Vergleich zeigt sich der deutliche Anstieg der Leiharbeit³. Bundesweit hat sich die Zahl der Leiharbeitsverhältnisse nahezu verdreifacht. In Brandenburg vervierfachte sich die Zahl sogar und selbst im Saarland, dem Land mit der geringsten Steigerung, verdoppelte sie sich.

Bremen verzeichnet ebenso einen starken Anstieg in den vergangenen Jahren:

Die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter ist seit 2003 um über 200 Prozent gestiegen, von 4.421 Stellen auf 13.793 Leiharbeitsverhältnisse in 2012. Im Ländervergleich ist Bremen damit in der „Spitzengruppe“.

Zudem hat das Land Bremen zusammen mit Thüringen den höchsten Anteil an Leiharbeitern, bezogen auf alle Erwerbstätigen.



³ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Minijobber; Zahlen vor 2003 sind nicht veröffentlicht. Differenzierte Aussagen zur Leiharbeitsbranche sind zudem schwierig, da die Statistik der Bundesagentur für Arbeit hier alle Beschäftigten des Wirtschaftszweiges umfasst; also neben den Leiharbeitnehmern auch die „Stammebelegschaft“ der Verleihbetriebe. Zugleich werden aber die Leiharbeiter nicht erfasst, die in Betrieben arbeiten, deren Betriebszweck nicht überwiegend oder ausschließlich in der Arbeitnehmerüberlassung liegt.

9. Leiharbeit II: Entwicklung in Bremen

Die Entwicklung in Bremen zeigt einen stetigen Anstieg seit 2003, unterbrochen durch einen leichten Rückgang im Jahr 2009 als Auswirkung der Weltfinanzkrise: Waren es 2003 noch insgesamt rund 4.400 Beschäftigte, sind es 2012 rund 13.800.

Problematisch ist der Anteil der Leiharbeiter gemessen an der Zunahme der Erwerbstätigen. Es zeigt sich, dass bundesweit jeder fünfte neue Job in der Leiharbeitsbranche entstanden ist. Auch hier steht das Land Bremen weit oben im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt und den Bundesländern. Jeder dritte neu geschaffene Arbeitsplatz ist in der Leiharbeitsbranche zu finden.

Neben sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen finden sich hier auch Minijobs: Der Anteil der Minijobs an den Arbeitnehmern dieser Branche ist mit circa zehn Prozent (2012: 1.369 Minijobber) in der langen Frist nahezu gleich geblieben; zum Teil sind diese Minijobs auch zur „Stammebelegschaft“ der Verleihbetriebe zu rechnen. Dennoch ist davon auszugehen, dass der überwiegende Teil dieser Arbeitnehmer eine doppelte Belastung durch Verleihung und geringfügige Beschäftigung hat.

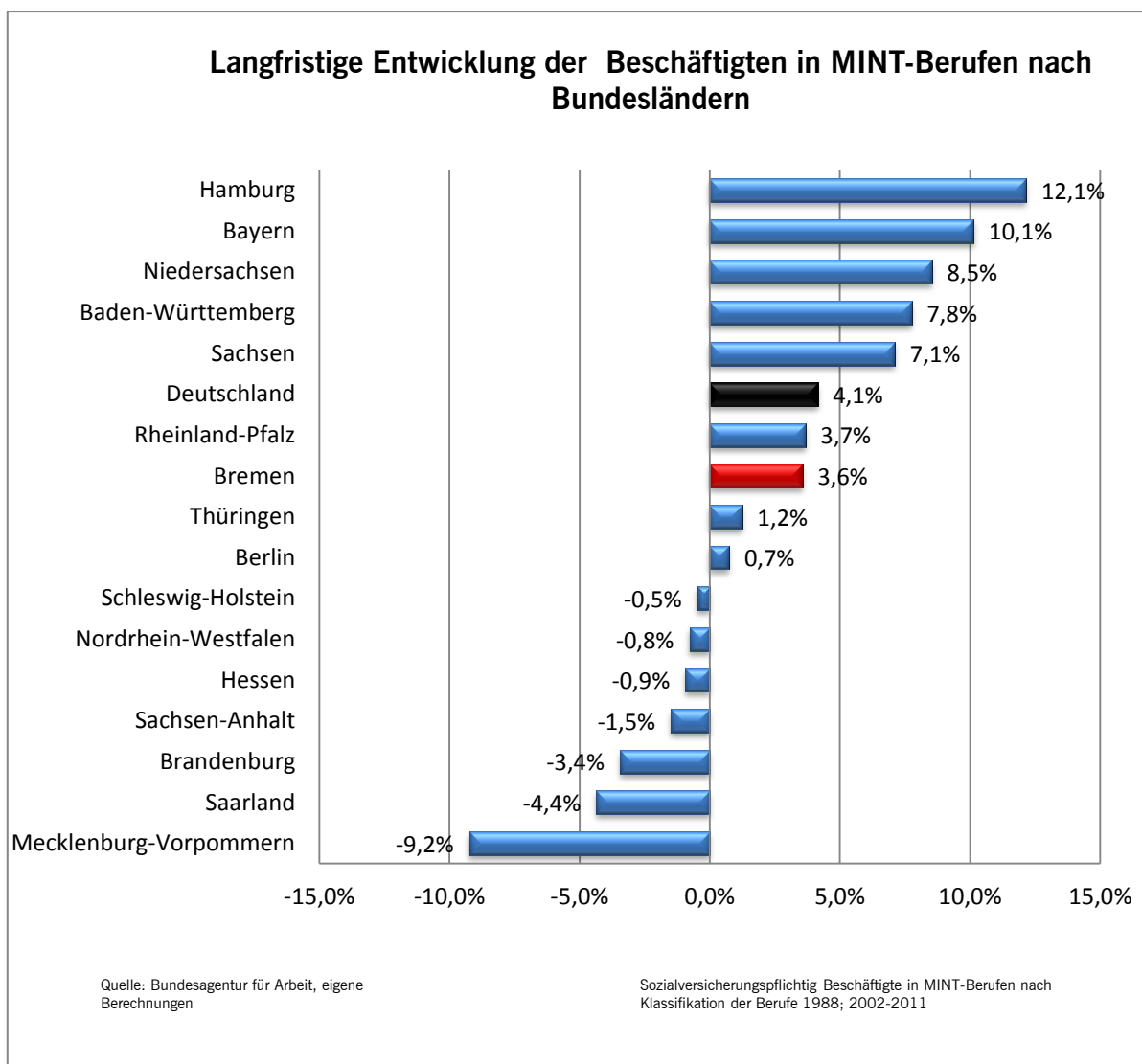


10. Guter Besatz an Arbeitsplätzen im MINT-Bereich, aber keine Boomregion

Ein wichtiger Indikator für die Zukunftsfähigkeit von Regionen sind die MINT-Berufe; darunter versteht man Beschäftigte aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik.⁴

Deutschlandweit arbeiten neun von 100 Beschäftigten in diesem Bereich. Das Land Bremen hatte 2002 mit 9,5 Prozent einen im Ländervergleich leicht überdurchschnittlichen Anteil an Beschäftigten im MINT-Bereich. Dieser konnte in den vergangenen zehn Jahren leicht gesteigert werden.

Hamburg, Bayern und Baden-Württemberg hingegen hatten 2002 mit circa zehn Prozent bereits eine überdurchschnittlich hohe Anzahl an Beschäftigten in den MINT-Bereichen und haben es zusätzlich geschafft, diese deutlich zu erhöhen. Bremen hat damit vergleichsweise viele Beschäftigte in den MINT-Feldern, gehört aber nicht zu den dominierenden Boomregionen.



⁴ Neben Beschäftigten mit Hochschulabschluss aus diesen Fachgebieten werden auch hoch qualifizierte Berufe wie „Techniker“ hier gezählt; die Definition der Berufe basiert auf einer Festlegung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit und umfasst die Berufskennziffern 601 bis 625,774 und 883.

In der Reihe *Kammer-kompakt* sind bisher erschienen:

Boombranche Leiharbeit

Dezember 2011

Immer mehr Arbeitnehmer pendeln

März 2012

**Nach der Krise wieder auf Wachstumskurs –
Beschäftigungssituation aber unbefriedigend**

Juni 2012

**Arbeitnehmereinkommen in Bremen: stagnierende
Realeinkommen und wachsender Niedriglohnbereich – aber
zum Teil auch überdurchschnittliche Löhne**

Dezember 2012

**Frauen in der Bremer Arbeitswelt – erschwerter
Erwerbszugang, typisch atypisch, klaffende Verdienstlücken**

März 2013